

## **Religiöser Fundamentalismus gegen Frauenrechte, auf internationaler, EU und deutscher Ebene**

Seit dem 11. September ist der religiöse Fundamentalismus in aller Munde und wichtigster Punkt auf der internationalen Agenda. Auch wenn es nun so scheint – es ist kein neues Problem: Gerade Frauen kämpfen nicht erst seit diesem Jahrhundert gegen den Missbrauch von Religion zum Erhalt patriarchalischer Strukturen. Konservative Religiöse reagieren mit massivem Widerstand, sowohl in den einzelnen Ländern, als auch auf internationaler Ebene, und in den letzten Jahren auch wieder verstärkt in Europa.

In diesem Artikel werden zuerst die Aktivitäten der Religiösen Rechten auf der internationalen Ebene dargestellt, um dann die Situation in der Europäischen Union und in Deutschland zu beleuchten. Abschließend werden Strategien gegen religiösen Fundamentalismus vorgestellt.

### ***Religiöse Rechte bei den VN***

Die Dekade der Weltkonferenzen der Vereinten Nationen hat allen Frauen weltweit mit den Abschlussdokumenten der Vierten Weltfrauenkonferenz (Peking 1995) und der Bevölkerungskonferenz (Kairo 1994) weitreichende Frauenrechtsdokumente geliefert. Diese zukunftsweisenden und starken Aktionsplattformen sind der damaligen Clinton Regierung (allen voran Hillary Clinton) zusammen mit der EU und vielen Südländern zu verdanken.

Für die Katholische Kirche verkündeten die Vereinten Nationen mit der Aktionsplattform von Kairo und Peking jedoch das Ende der Familie. Der Vatikan empfand Kairo und Peking als direkten Angriff auf seine Werte und die Bibel. Er entschied sich für den Gegenangriff. Der Beobachter Sitz des Vatikans bei den Vereinten Nationen (gleicher Status wie die EU) erlaubte ihm denn auch, diesen Gegenangriff effektiv zu gestalten. Der Sitz des Vatikans, „Holy See“, ist einzigartig. Keine andere Weltreligion besitzt eine Vertretung bei den Vereinten Nationen. Das Interessante ist, dass der Vatikan aber dafür mit Vertretern von Ländern, die andere (fundamentalistische) Religionen vertreten, wie der Iran, bestens kooperiert.

Parallel dazu fand in den USA die langsame „Kulturrevolution“ des Karl Rove statt, der die amerikanischen Protestanten auf einen radikal reaktionären Kurs brachte. Mehrheiten wurden langsam, aber stetig für die konservative Interpretation der Familie und gegen Frauenrechte organisiert- durch breit angelegte Öffentlichkeits- und Medienarbeit, vorbereitet und erdacht durch Organisationen wie die Heritage Foundation oder das Cato Institut.

Von den USA aus machten sich diese Lobbyisten auf, die VN zurückzuerobern. Dabei arbeiteten sie eng mit dem Vatikan zusammen. In den Jahren nach den Weltkonferenzen von Peking und Kairo organisierte und koordinierte diese amerikanische Lobby und der Vatikan während der jährlichen VN Frauenrechtskommissionen in New York und vor allem während der Nachfolgekonzferenz zu Peking im Jahr 2000 (Peking +5) eine breite katholische und protestantische Front, um die Errungenschaften von Peking und Kairo rückgängig zu machen und weitere Erfolge zu verhindern. Bei Peking+5 waren über 300 Repräsentanten von rechtsreligiösen NROs akkreditiert. Mit roten „Motherhood“ Buttons liefen Mönche und Lobbyisten durch die Gänge der Vereinten Nationen. Einer der wichtigsten Namen ist Austin Ruse, Präsident von **Catholic Family & Human Rights Institute** (C-FAM, Mitglied von Human Life International, die katholische konservative weltweite Dachorganisation). Er nannte die Peking „Platform for Action“ „... one of the most radical and dangerous documents you can imagine“ und rief dazu auf „you will work alongside Catholics, Evangelicals, Jews,

Muslims, Mormons. We are the Children of Abraham, arising to fight for faith and family.“<sup>1</sup> „Eins der radikalsten und gefährlichsten Dokumente, die Sie sich vorstellen können,“ und rief dazu auf „Sie werden neben Katholiken arbeiten, Evangelicals, Juden, Moslems, Mormons. Wir sind die Kinder von Abraham, auferstehend, um für Glauben und Familie zu kämpfen.“) Andere wichtige Organisation sind das World Family Policy Center: NGO Family Voice und United Families International der **Mormonen**, das Howard Center, Concerned Women for America, Focus on the Family und Family Research Center der **Evangelicals**. Im November 1999 organisierten diese zusammen den „Second World Congress of Families“, der die Lobbyarbeit für Peking+5 vorbereitete und Strategien erarbeitete und verbreitete. Zusätzlich sind das die World Youth Alliance und Real Women of Canada Hauptakteure bei der VN Lobbyarbeit der Religiösen Rechten. Die Strategie der christlichen Konservativen war es in dieser Zeit, gezielt Vertreter von Entwicklungsländern und einzelne EU Länder und EU Kandidaten wie Polen, Slowakei, Lettland, Litauen und Malta für sich zu gewinnen. Innerhalb der EU waren vor allem Irland, Berlusconi Italien und Aznar Spanien Zielscheibe der Lobbyisten. In Lateinamerika allen voran Nicaragua, in Afrika Kenya und die „Organization of the Islamic Conference“. Für die afrikanischen Staaten bot die rechte Lobby großzügigerweise an, die Teilnahme von NRO Vertretern für die Regierungen zu finanzieren. Dadurch fanden sich mehr und mehr religiöse rechte Vertreter in Regierungsdelegationen. Dabei schreckte diese Lobby auch nicht davor zurück, Frauenrechtler vor Ort einzuschüchtern. Es ist eine ausgesprochen gut organisierte und finanzierte Lobby, die sich hauptsächlich aus amerikanischen Geldern speist und davon profitiert, dass die Mitglieder es gewohnt sind, Hierarchien zu befolgen und, im Gegensatz zu den offenen Frauenrechtsbewegungen, nichts von Vielfalt und Demokratie in der Bewegung halten. Mittlerweile hat sich diese Bewegung auch auf andere Felder spezialisiert, so zum Beispiel die Arbeit gegen HIV/AIDS bei den Vereinten Nationen. Auch dort versuchen die amerikanischen radikalen Protestanten den Entwicklungsländern und der Arbeit der VN vorzuschreiben, was sie selber in ihrem Land nicht durchsetzen können: das Verbot von Kondomen und die Abstinenzstrategie. Verheerend zu sehen, wie ideologische Argumente mehr zählen als Leben und dies ironischerweise unter dem Banner „pro Life“.

Seit der Wahl Bushs ins Weiße Haus hat diese rechte Koalition einen starken Verbündeten gefunden. Jetzt braucht sie nicht mehr die amerikanische Regierung durch Lobbyarbeit zu beeinflussen – sie sitzen in Regierungsverantwortung und führen die Verhandlungen. Die gleichen Personen, die jahrelang in den Fluren der VN als rechte Lobbyisten störten, sind nun in der offiziellen Regierungsdelegation. Seither muss der Vatikan weniger tun – die Amerikaner haben seine Aufgabe übernommen. Und genauso wie der Vatikan vorher schamlos mit Ländern wie Sudan, Iran und Pakistan gegen Frauenrechte kollaborierte, tut dies nun die amerikanische Regierung. Die Staaten der „Achse des Bösen“, die Terroristenunterstützer werden auf einmal zu den besten Alliierten im Kampf gegen Frauenrechte. Gemeinsam stimmen sie in einer „unheiligen Allianz“ gegen jegliche Frauenrechte. In den ersten Bush Jahren war die EU noch zurückhaltend und scheute die offene Auseinandersetzung mit den USA. Kompromisse wurden gefunden, die meistens die Sprache schwächten. Jedes Jahr wurde von dem Kompromiss des vorherigen Jahres aus neu verhandelt und eine Abwärtsspirale dadurch in Gang gesetzt. Bis zu dem Punkt, dass Frauenrechtler ihre Felle wegschwimmen sahen und auch die EU einsah, dass nur noch eine offene Konfrontation, also Abstimmungen in letzter Not oder der Verzicht auf Dokumente besser sind, als Kompromisstexte.

Die Situation sah und sieht immer noch so schlecht aus, dass sich die EU und andere progressiven Regierungen (Kanada, Neuseeland, Norwegen, Südafrika...), mit der

---

<sup>1</sup> Global Policy Forum, Jennifer Butler, Ecumenical Women 2000+ „300 Religious Right Representatives attend Beijing plus five preparatory Committee Meeting“

Unterstützung der Mehrheit der progressiven NRO Frauenbewegung sich gegen eine große Peking+10 Nachfolgekonzferenz aussprach. Alle wussten, dass Frauen auf einer 5. Weltfrauenkonferenz, die während der Amtszeit von George W. Bush stattfindet, nur an Rechten verlieren und auf keinen Fall dazu gewinnen könnten. Außerdem ist sich die internationale Frauenrechtsbewegung auch selbst bewusst, dass sie momentan eher geschwächt und strategiearm ist. So wurde Peking+10 im kleinen Rahmen begangen, ohne neue Verhandlungen über Dokumente. Das Ziel, in einer gemeinsamen politischen Erklärung die Pekinger Aktionsplattform zu bestätigen – also nichts, gar nichts Neues zu verabschieden – brauchte mehrere Wochen harter Verhandlungen. Die USA weigerten sich, diese Erklärung mit anzunehmen und forderten die Hinzufügung des Satzes, „The Beijing Platform for Action did not create any new international human rights, especially no right to abortion“ („Die Pekinger Aktionsplattform schafft keine neuen internationalen Menschenrechte, besonders kein Recht auf Abtreibung“). Die Pekinger Aktionsplattform ist, im Gegensatz zu CEDAW kein rechtsverbindliches Dokument im Sinne eines Völkervertrages, der von den Parteien ratifiziert werden muss. Es ist jedoch politisch verbindlich. Diese Änderung wurde also nur deswegen vorgeschlagen, damit andere Regierungen hervorheben mussten, dass die Plattform kein rechtsverbindliches Dokument ist und das Recht auf Abtreibung nicht einschließt. Diese explizite Verneinung war als Strategie erfolgreich. Die amerikanische Regierung konnte diese Politik, die in den USA weder mehrheitsfähig noch geltendes Recht ist, bei den VN vertreten, da die amerikanischen Medien darüber nicht berichteten.

### ***Internationaler religiöser Fundamentalismus außerhalb der VN***

Gerne würden manche den Islam gegen den Westen ausspielen. Aber eigentlich laufen die Konfliktlinien nicht zwischen dem Westen und dem Islam, sondern zwischen Fundamentalisten und Aufgeklärten. Wie der Islamexperte Olivier Roy feststellte, steht bei islamischem und christlichem Fundamentalismus sehr Ähnliches im Mittelpunkt. An zentraler Stelle steht das Phänomen des „Wiedergeborenen“, „des Individuums, das seinen persönlichen Weg zum Glauben gefunden hat. .. Die Gesellschaft wird als zu weltlich, als diabolisch wahrgenommen.. Im Allgemeinen lebt der „Wiedergeborene“ einen emotionalen und intellektfeindlichen Glauben fern theologischer Aussagen. So sind die neuen Formen der Religiosität im Islam wie im Christentum alles andere als liberal.“<sup>2</sup> Auf extreme jüdische Siedler könnte dies auch ohne Probleme zutreffen. Weiter heißt es bei Roy: Es geht um die „Auseinandersetzung über die eigenen Werte: Sexualität, Ehe, Abstammung.“ Modernität und Weltlichkeit definiert sich stark durch die Rolle und Position der Frauen in der Gesellschaft. Der Machtkampf um die Kontrolle über und Ausrichtung einer Gesellschaft findet auf dem Rücken der Frauen statt.

Osama bin Laden und Austin Ruse kämpfen gemeinsam gegen Frauenrechte und die dadurch einhergehende Modernisierung der Gesellschaften. Wer versucht, den Kampf gegen den fundamentalistischen Islam ohne dieses Verständnis, also ohne die Durchsetzung der Frauenrechte an erster Stelle, aufnimmt, wird den Kampf verlieren. Man kann diese religiösen Fundamentalisten nicht von außen bekämpfen, so lange Frauen in diesen Gesellschaften nicht sagen: Schluss, nicht auf unserem Rücken. Frauenrechtspolitik ist daher ein zentrales Element einer Anti-Fundamentalismus Strategie. Aber diese Strategie ist eben keine Anti – Islam Strategie und wird auch nie gegen den extremen Islam wirken, so lange sie sich auf den Islam beschränkt. Nur eine Strategie, die den Missbrauch der Religionen durch Fundamentalisten aller Religionen auf dem Rücken der Frauenrechte anprangert, hat Chancen, nicht als neo-imperialistische westliche Eroberung wahrgenommen zu werden. Dies bedeutet, den christlichen und jüdischen Fundamentalismus genauso scharf zu verurteilen wie den muslimischen und dies überall dort zu tun, wo er auftritt. Vor allem müssen sie immer in

---

<sup>2</sup> Olivier Roy, Wiedergeboren, um zu töten, in Die Zeit vom 21ten Juli 2005

Zusammenhang gebracht und dadurch auf eine abstraktere Ebene der Argumentation gehoben werden. Gerade Frauen, die seltenst und auch nicht in absehbarer Zeit die Wortführerinnen der Interpretation ihrer Religion sind, also nicht qua Amtes eine progressivere Interpretation der jeweiligen Religion propagieren können, kann diese Strategie helfen. Die Verschiebung der Argumentation auf eine höhere Ebene, die das in Zusammenhang bringt, was zusammen gehört, nämlich der kategorische Missbrauch von Religion, hat Chancen, die Diskurshegemonie zu beeinflussen. Dies schließt natürlich nicht aus, dass Frauen innerhalb ihrer Religionen für eine progressive Interpretation des jeweilig relevanten Textes kämpfen. Das Problem ist, dass es keine gemeinsame Strategie bis jetzt der Frauenbewegungen in den unterschiedlichen Religionen gegen ihre jeweiligen Fundamentalisten gibt. Dabei haben alle Frauenrechtsbewegungen damit zu kämpfen, egal wo.

### ***Wie sieht es in Europa aus?***

Wir fühlen uns ganz weit weg vom „verrückten Amerika“, wo die Evolutionstheorie an vielen Orten nicht mehr unterrichtet werden darf und wo ein „born again christian“ (wiedergeborener Christ) das Land regiert. Leider entspricht das nicht ganz der Wahrheit. Im Europäischen Parlament zum Beispiel hat eine radikal konservative Abgeordnete den Vorsitz des Frauenrechtsausschusses. Die Slowakin Anna Zaborska der Slowakischen Christdemokraten ist ein prominenter Gast bei Pro Life Veranstaltungen. Ihr Vater war Botschafter der Slowakei beim Vatikan und sie meinte in einem Interview mit dem Slovak Spectator am 26. Juli 2004, dass Aids Gottes gerechte Rache für Homosexualität sei. Auch nach einer Vergewaltigung lehnt sie Abtreibungen kategorisch ab<sup>3</sup>. Wie kann es sein, dass so eine Frau den Vorsitz des europäischen Frauenrechtsausschusses inne hat? Allen Verlautbarungen zu Folge ist dies durch einen Kuhhandel zwischen der Fraktion der Konservativen und der Sozialdemokraten im EP nach der letzten Wahl zum Europäischen Parlament 2004 zustande gekommen. Die Sozialdemokraten hatten die Mehrheit verloren und hätten eigentlich den Vorsitz des Wirtschafts- und Sozialausschusses an die Christdemokraten abgeben müssen. Um diesen aber zu behalten, waren sie bereit, den Frauenrechtsausschuss von den Konservativen besetzen zu lassen. Die Frauenrechte blieben auf der Strecke. Frau Zaborska benutzt diese Position natürlich für ihre Zwecke. Die Finanzierung der European Women's Lobby ist zunehmend bedroht und Zaborska macht sich nicht dafür stark, dass bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen 2007-2013 das eigenständige Budget für Frauenrechts- und Gleichstellungspolitik in gleichem Umfang erhalten bleibt. Außerdem hatte sie bei der diesjährigen VN-Frauenrechtskommission zwei Assistenten mitgebracht, die als Mitglieder der rechten Lobby außerordentlich gut mit ihren amerikanischen Kollegen zusammenarbeiteten und interne Infos aus der EU direkt an diese lieferten.

Abgesehen davon gibt es die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) in Brüssel. Jede nationale Bischofskonferenz entsendet einen Bischof nach Brüssel. Diese Kommission wird hauptsächlich finanziert und vorangetrieben von der deutschen katholischen Kirche. Von vielen unbemerkt macht diese sehr erfolgreiche Lobbyarbeit mit zahlreichen Mitarbeitern. Unter anderem hatte sie mit Helmut Kohls Unterstützung durchgesetzt, dass dem Amsterdamer Vertrag die 11. Erklärung zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften beigelegt wurde:

*Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.*

*Die Europäische Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.*

---

<sup>3</sup> „Conservative Catholic Influence in Europe“, Catholics for a Free Choice fact sheet

Dies entspricht dem von der Kommission der Bischöfe hochgehaltenem, auf deutschem Recht basierendem „Recht auf Selbstbestimmung der Kirche“. In Deutschland bedeutet das, dass die Kirchen nach ihren eigenen Regeln zum Beispiel einstellen und entlassen dürfen - sie sind der offiziellen Rechtsprechung nicht unterworfen. Auch beim Entwurf zum deutschen Antidiskriminierungsgesetz hat sich die Kirche dieses Recht vorbehalten. Dieses in Deutschland geltende Vorrecht der Kirchen gibt aber so es in anderen europäischen Ländern so nicht. Helmut Kohl und die Bischöfe haben es geschafft, dieses Prinzip EU weit zu verankern.

Dies bedeutet im Klartext, dass die Kirchen in Deutschland zum Beispiel von Artikel 13, der Diskriminierung unter anderem aufgrund von sexueller Orientierung verbietet, des Amsterdamer Vertrages ausgenommen sind. Dies hat die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf bestätigt:

*Artikel 4, 2) Die Mitgliedstaaten können in Bezug auf berufliche Tätigkeiten innerhalb von Kirchen und anderen öffentlichen oder privaten Organisationen, deren Ethos auf religiösen Grundsätzen oder Weltanschauungen beruht, Bestimmungen in ihren zum Zeitpunkt der Annahme dieser Richtlinie geltenden Rechtsvorschriften beibehalten oder in künftigen Rechtsvorschriften Bestimmungen vorsehen, die zum Zeitpunkt der Annahme dieser Richtlinie bestehende einzelstaatliche Gepflogenheiten widerspiegeln und wonach eine Ungleichbehandlung wegen der Religion oder Weltanschauung einer Person keine Diskriminierung darstellt, wenn die Religion oder die Weltanschauung dieser Person nach der Art dieser Tätigkeiten oder der Umstände ihrer Ausübung eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung angesichts des Ethos der Organisation darstellt. Eine solche Ungleichbehandlung muss die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und Grundsätze der Mitgliedstaaten sowie die allgemeinen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts beachten und rechtfertigt keine Diskriminierung aus einem anderen Grund. Sofern die Bestimmungen dieser Richtlinie im übrigen eingehalten werden, können die Kirchen und anderen öffentlichen oder privaten Organisationen, deren Ethos auf religiösen Grundsätzen oder Weltanschauungen beruht, im Einklang mit den einzelstaatlichen verfassungsrechtlichen Bestimmungen und Rechtsvorschriften von den für sie arbeitenden Personen verlangen, dass sie sich loyal und aufrichtig im Sinne des Ethos der Organisation verhalten.*

Ein weiteres konkretes Beispiel: Dem Europäischen Parlament lag 2002 der „Sexual and Reproductive Health and Rights Van Lancker Report“ (nach der belgischen Abgeordneten Anne von Lancker) vor. Dieser enthielt eine Bestandsaufnahme der Situation in den Beitrittskandidaten in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte und sprach unverbindliche Empfehlungen an die Beitrittskandidaten aus. Dieser entfachte eine hitzige Diskussion im EP und der Bericht wurde fast nicht verabschiedet (280 dafür, 240 dagegen und 28 Enthaltungen). Polen und Malta protestierten als Beitrittskandidaten massiv dagegen.

Deren Haltung hat sich auch jetzt als Vollmitglied nicht geändert. Der Beitritt der zehn neuen Länder hat das Kräfteverhältnis, das durch den Beitritt der skandinavischen Länder stark zugunsten von Frauen verschoben worden war, wieder nach rechts gerückt. Keines der neuen Beitrittsländer verfolgt eine starke Politik für sexuelle und reproduktive Rechte. In Polen ist Abtreibung illegal und nur erlaubt, wenn Gefahr für das Leben der Mutter besteht. In Malta ist Abtreibung ohne Ausnahmen illegal.

Außerdem müssen Lobbygruppen erwähnt werden, die EU-Politiken und Politiker beobachten mit dem Ziel, rechtzeitig Kampagnen gegen mögliche Frauenrechtsverstärkungen zu starten und dies, wie in den USA, im Namen der Familie tun: Convention of Christians for Europe, European Pro Life Doctors, Human Life International- Europe, EuroFam (<http://www.eurofam.org/>) und die europäische Sektion der World Youth Alliance (<http://www.worldyouthalliance.org/RE.php>). Euro Fam ist hauptsächlich eine Webseite, die es zum Beispiel erlaubt, auf jeden EP--Abgeordneten zu klicken und dessen Positionen zu

reproduktiven Rechten und Familienpolitik zu erfahren. Wer dahinter steht, ist unklar - weder Anschrift, noch Telefonnummer oder Verantwortliche sind angegeben.

### ***Und in good old Germany?***

In Deutschland wurde ein Mann in das Kompetenzteam von Kanzlerkandidatin Angela Merkel berufen, der in einem Interview mit der Welt am Sonntag am 31. März 2002 sagte „Die Mutter macht in ihrer Familie Karriere, die nicht Macht, sondern Freundschaft verheißt, nicht Geld, sondern Glück bringt.“ Paul Kirchhof steht für ein reaktionäres Familien- und Frauenbild, das anscheinend immer noch - oder wieder verstärkt - in Deutschland salonfähig ist.

Die Organisation “Kirche in Not” sympathisiert mit Opus Dei und unterstützt es finanziell. Der CSU-Abgeordnete Norbert Geis ist einer der Vorstandsmitglieder von “Kirche in Not”. Die kapitalstarke Organisation hat sich die “Neukatholisierung” Osteuropas zum Ziel gesetzt. Paul Kirchhof gehört höchstwahrscheinlich zu diesem Kreis und damit zumindest zu den Sympathisanten von Opus Dei. Weitere Organisationen sind der Dachverband Pro Life Berlin, Christdemokraten für das Leben, ProVita und KALEB e.V. (Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren) mit Sitz in Berlin.

Auch die Papst-Verherrlichung nach dem Tod von Papst Johannes Paul II war erstaunlich in den deutschen Medien anzusehen. Kaum einer erwähnte zum Beispiel die verheerenden Konsequenzen seiner Politik in Bezug auf Aids in Afrika.

In Deutschland haben die Kirchen immer noch, wie bereits erwähnt, einen Sonderstatus, den sie sonst nirgends genießen. Wo sonst sind Arbeitgeber vom Arbeitsrecht ausgenommen? In Deutschland müssen zum Beispiel die 450 000 Caritas Mitarbeiter fürchten, dass sie bei Wiederheirat nach einer Scheidung ihren Job verlieren - und dagegen nicht klagen können. Es gibt in Deutschland keine wirkliche Trennung von Kirche und Staat im Sinne der französischen Laizität, die das Religiöse auf das Private beschränkt.

Auf der anderen Seite stellt sich in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, die Frage der Integration der Muslime. Ehrenmorde sind in diesem Zusammenhang nur die Spitze des Eisberges und die Kopftuchfrage das offensichtlichste Debattenfeld. Die Arbeit von islamistischen Organisationen, auch wenn meistens selbst nicht gewaltbereit, und die zunehmende Islamisierung von Stadtteilen und Vororten, ist eine bedeutende Herausforderung. Sie zu tabuisieren hilft langfristig nicht. Nur die Herangehensweise des Islam gegen West ist momentan kontraproduktiv. Die Frage ist, wie wir den jungen muslimischen Deutschen eine Identifikationsmöglichkeit mit Deutschland ermöglichen. Das Kopftuch zu verbieten, aber gleichzeitig in vielen Gemeinden nur katholische Kindergärten zu haben, hilft dabei bestimmt nicht.

### ***Französische Beispiel „Ni putes, ni soumises“ ([www.niputesnisoumises.com](http://www.niputesnisoumises.com))***

In Frankreich ist die Integration der muslimischen Bevölkerung genauso eine Herausforderung wie in Deutschland. Auch die in Frankreich geborenen Töchter der Maghrebener sind mit Zwangsverheiratungen, Kopftuchfragen und Diskriminierung konfrontiert. Aber es gibt in Frankreich eine Besonderheit: Anfang 2001 gründete sich eine Frauenbewegung unter dem Motto „Weder Nutten noch Unterwürfige“ mit dem Ziel, einerseits den französischen Staat aufzufordern, die Menschenrechte der muslimischen Frauen in Frankreich konsequent durchzusetzen und die französische Gesellschaft daran zu erinnern, dass nicht alle muslimischen Frauen unterwürfig sind, und andererseits ihrer eigener

muslimischen Gemeinschaft zu zeigen, dass diese ihnen nicht ihre Identität vorschreiben könne. Weder sollen muslimische Männer ihnen die Identität der „Nutte“ auf den Leib schreiben, wenn junge Frauen zur Schule gehen und sich nicht mit 16 verheiraten lassen wollen, noch sollen die Franzosen sie als unterwürfig bezeichnen, wenn einige von ihnen im privaten Bereich das Kopftuch tragen. Es ging darum, dass diese Frauen sich ihre eigene Identität definieren und erkämpfen. Dies haben sie in einer sehr stark lokal-basierten Frauen und Mädchenarbeit auch erfolgreich umgesetzt.

In lokalen „Commission de Femmes de Quartiers“ „Kommissionen der Vororts-Frauen“, die sich dann immer weiter vernetzt haben bis hin zum nationalen Kongress in 2002, den „Etats Généraux Nationaux“, bei dem sie den Aufruf „Ni putes, ni soumises“ verabschiedeten. Dieser wurde bisher von 65 000 Frauen unterschrieben. Sie erstellten auch das Weißbuch der „Vororts-Frauen“ (Livre blanc des femmes des Quartiers“), in dem sie Gewalttaten an und Menschenrechtsverletzungen gegenüber muslimischen Frauen zusammentrugen, die nicht bei der Polizei angezeigt worden waren. Im Februar 2003 starteten sie dann einen einmonatigen Marsch durch alle Vororte, wo die Mehrzahl der Muslime in Frankreich lebt, der dann in Paris in einer Großdemo mit 30 000 Frauen mündete.

In ihrer Charta setzen sich die Frauen für den Laizismus ein, für die Aufklärung und die Durchsetzung ihrer Menschenrechte durch den französischen Staat. Die Bewegung basiert stark auf der laizistischen Verfasstheit Frankreichs und sieht sich in der Tradition der Aufklärung. Nur diese ermöglichen ihnen, sich mit Frankreich zu identifizieren, ohne ihre eigene Identität aufgeben zu müssen. In ihrem Manifest „Ni putes ni soumises“ steht an erster Stelle: „Unser feministischer Kampf ist auch ein Kampf für den Laizismus: Die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann kann nicht fortschreiten, wenn die Säkularisierung zurückgeht.“ (« Notre combat féministe est aussi un combat laïque: l'égalité femme-homme ne peut pas progresser si la laïcité recule. »)

Sehr erfolgreich hat sich diese Bewegung auch für das Verbot von religiösen Zeichen in der Schule von Schülern und Lehrern gleichermaßen ausgesprochen. In Frankreich ging es eben nicht darum, das Kopftuch zu verbieten, sondern auch das Kreuz um den Hals und die Kippa auf dem Kopf. Dieses generelle Verbot war nur einem so laizistischen Staat wie Frankreich möglich und gleichzeitig Voraussetzung dafür, dass es von den muslimischen Frauen als Teil der Stärkung ihrer Rechte angesehen werden konnte und nicht als Angriff auf ihre muslimische Identität. Das Verbot hat keineswegs zu den befürchtenden Ausschreitungen oder dem „Aus der Schule nehmen“ von muslimischen Schülerinnen geführt. Nur eine kleine Zahl, circa 50 Schülerinnen in ganz Frankreich, wurden seither wegen des Tragens eines Kopftuches aus der Schule verwiesen. Es ging eben darum, den Schülerinnen und Schülern deutlich zu machen, dass es etwas wichtigeres gibt, dass sie trotz aller religiösen Unterschiede eines eint: die demokratische Verfassung Frankreichs und die Menschenrechte aller. Aber nur ein Staat, der die Trennung von Kirche und Staat vollzogen hat, kann diesen Rechtsraum für alle schaffen, der es dann ermöglicht, unterschiedliche Religionen unter der Prämisse des Respekts der Menschenrechte zu integrieren. Und genau dies hatte die „Ni putes, ni soumises“ Frauenbewegung vom französischen Staat gefordert: dass er ihnen ihre Menschenrechte in ihrem Land garantiere.

### **Vorschläge**

In Deutschland ist es schwer vorstellbar, dass der deutsche Bundestag ein Gesetz verabschiedet, oder seien es einzelne Landtage, das das generelle Tragen religiöser Zeichen für Lehrende und Schülerinnen und Schüler gleichermaßen verbietet. Was für ein Aufschrei der Kirchen würde durch dieses Land gehen. Aber genau das wäre nötig, um die Kopftuchdebatte auch bei uns ehrlich und demokratisch zu führen. Der konstruktive und effektive Umgang mit religiösen konservativen Strömungen ist auch bei uns notwendig. Dies bedeutet nicht, alle über einen Kamm zu scheren und keine Differenzierung vorzunehmen und

natürlich ist jede Religion für sich auch selbst zuständig, um sich von Fundamentalisten abzugrenzen. Aber die Auseinandersetzung mit dem heiklen Thema der Arbeit von islamistischen Organisationen und der zunehmenden Islamisierung von Stadtteilen und Vororten kann der demokratische Staat auch nur auf Ebene der Menschenrechte und unter der Trennung von Staat und Kirche erreichen. Die Kopftuchdebatte in Deutschland müsste endlich die Richtung annehmen, die zur Lösung des zugrunde liegenden Problems auch wirklich beitragen könnte: die Diskussion über die Rolle der Religionen und der Kirchen in Deutschland. Die Tradition der Aufklärung sollte dabei Leitmotiv und Maßstab sein.